

Niedersächsisches Kultusministerium  
Herrn Martin Berndt  
Hans-Böckler-Allee 5  
30173 Hannover  
Per Mail an: martin.berndt@mk.niedersachsen.de

Hannover, 10.03.21

**AGFS Stellungnahme zum Erlassentwurf „Stärkung der Demokratiebildung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen“**

Sehr geehrte Frau Schanz,  
sehr geehrter Herr Berndt,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, als Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Niedersachsen e. V. zu dem Erlassentwurf „Stärkung der Demokratiebildung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen“ Stellung zu nehmen.

Die Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Nds. e.V. hält eine kontinuierliche Weiterentwicklung von Schule sowie die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Herausforderungen für unerlässlich, um dem Bildungsauftrag auch zukünftig gerecht werden zu können.

Schulen in freier Trägerschaft stellen sich gleichermaßen wie öffentliche Schulen diesen Herausforderungen und tragen durch ihre unterschiedlichen Schulformen und Profile zur Vielfalt der Bildung in Niedersachsen bei. Die Freien Schulen ermöglichen den Lernenden eine gute Bildung, die über das reine Faktenwissen hinausgeht, und vermitteln Kompetenzen, das eigene Umfeld zu gestalten und sich nach den eigenen Fähigkeiten zu entfalten.

Demokratie beruht auf der aufklärerischen Idee, dass Menschen ein rationales Urteil bilden können. Alphabetisierungsprozesse haben sich seit jeher als unerlässlich für Demokratisierungsprozesse erwiesen. Das Bildungssystem soll daher immer gleichen Zugang zu den wichtigen Ressourcen der Bildung bieten.

Die Stärkung der Demokratiebildung ist für die Schulen in freier Trägerschaft aus dem gelebten Selbstverständnis dabei unerlässlich, sind doch viele freie Schulen gerade aus dem Engagement Einzelner gegründet worden, um so maßgeblich Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe der Lernenden zu schaffen.

Die Schulen in freier Trägerschaft schaffen dabei vielfältige Möglichkeiten, Kinder und Jugendliche in ihrem Engagement für Demokratie und Menschenrechte zu stärken, Teilhabe und Partizipation unter Beteiligung der gesamten Schulgemeinschaft aus Schülerinnen, Schülern, Lehrkräften, Schulleitungen, Eltern und selbstverständlich auch den jeweiligen freien Schulträgern zu leben bzw. weiter auszubauen.

Der Erlass zur Stärkung der Demokratiebildung wird daher ausdrücklich begrüßt und zeigt auch für die Schulen in freien Trägerschaft Handlungsoptionen auf.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Joachimmeyer  
(Vorsitzende)